

Absolute Monarchie gegen absolute Demokratie

Eine Analyse und Kritik der königlichen Machtübernahme – Teil 1

Von Kanak Dixit

Fast zwei Monate nach der königlichen Machtübernahme vom 1. Februar 2005 wird klar, dass der von König Gyanendra veranlasste Regimewechsel ein Versuch ist, unter dem Vorwand der Bekämpfung der *Maobaadi*-Rebellion wieder eine autoritäre Herrschaft zu etablieren. Da eine militärische Lösung selbst nach Auffassung führender Armeeeoffiziere nicht möglich ist, wäre der richtige Weg gewesen, zunächst eine gemeinsame Front mit den politischen Parteien aufzubauen und sich dann mit den *Maobaadi* zu befassen. Stattdessen hat der König die Differenzen zwischen den Parteien benutzt, um den Boden für seine Machtübernahme zu bereiten.

Königliche Macht versus bürgerliche Demokratie

Seit dem 1. Februar 2005 wurde offensichtlich, dass es keinen Plan dafür gibt, wie der Palast der Herausforderung durch die *Maobaadi* (Maoisten) begegnen will. Daher stellt die Maßnahme vom 1. Februar nichts anderes als eine Machtergreifung dar, deren einzige Korrektur die umfassende Rückkehr zu einer Mehrparteienregierung, das Ende des Ausnahmezustands und die Wiederherstellung aller Freiheiten und Grundrechte sein kann. Die Präsenz der verfassungswidrigen *Maobaadi* in den Bergen und im Tiefland darf nicht zur Erpressung der nepalischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft benutzt werden, ein in Misskredit geratenes autoritäres Regime zu unterstützen. Der demokratische Staat ist durchaus in der Lage, sich den Maoisten entgegen zu stellen, solange sich Palast und Armee nicht als Spielverderber betätigen.

Die Präsenz der verfassungswidrigen *Maobaadi* in den Bergen und im Tiefland darf nicht zur Erpressung der nepalischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft benutzt werden.

Im historischen Kontext war und bleibt die königliche Aktion problematisch, sowohl grundsätzlich als auch praktisch. Als ob die Nepalis nicht schon während des 30 Jahre dauernden *Panchayat*-Systems genug unter dem Vater des jetzigen Königs sowie unter seinem Bruder gelitten hätten. Es war das royalistische System, welches das autokratische Kontinuum bis

ins moderne Nepal erhalten hat. Dessen regressives Erbe hatten ein Dutzend Jahre Demokratie gerade erst abzuschütteln begonnen. Nepalis, die 1990, als das *Panchayat* beendet wurde, zwölf Jahre alt waren, sind heute 27, und haben außer parlamentarischem Pluralismus kein anderes politisches System kennengelernt. Bürger aller Altersgruppen haben ihre Stimme gefunden, schon allein deshalb darf das Land jetzt nicht in einen Polizeistaat umgewandelt und seiner Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten beraubt werden. Zu lange haben Nepalis frei ihre Meinung geäußert, sich organisiert und die Vorzüge des Pluralismus für ihren sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt erkannt. 2005 ist nicht das Jahr 1960, als es König Mahendra noch möglich war, der Gesellschaft durch seinen Staatsstreich einen Maulkorb zu verpassen. Tatsächlich hat König Gyanendras Machtübernahme seinen Ursprung in einer Tiefkühltruhe von 1960, welche die aktuellen sozial-politischen Realitäten nicht gut-

heißt. Gegenüber dem früheren Coup, der mit Hilfe „feudokratischer“ Machteliten, einschließlich jener, die Verrat an der Demokratie begingen, verübt wurde, bediente sich König Gyanendra diesmal hemmungslos der Königlich-Nepalischen Armee (RNA). Nur ein König, der vom zeitgenössischen Diskurs völlig abgehoben und nicht willens ist, auf die klaren Stimmen von sozialwissenschaftlicher Erkenntnis und Menschenverstand zu hören, hätte jemals die öffentliche Bekanntmachung vom 1. Februar 2005 verlesen und die danach folgenden Maßnahmen ergreifen können.

Da inzwischen klar ist, dass die königliche Proklamation keine Reflexhandlung sondern ein monatelang mit Hilfe bereitwilliger Militärkommandanten geplanter Coup war, ist anzunehmen, dass in diesem Wahnsinn Methode steckt. Der kurzfristige Plan wird bereits umgesetzt; er besteht darin, die Angst vor den Maoisten zu schüren und die politischen Parteien unter Ausnutzung ihrer Schwächen und Differenzen einzuschüchtern. Einer gewissen Logik folgend, könnte der langfristige Plan darin bestehen, die Verfassung von 1990 durch ein neues Dokument zu ersetzen, das substantielle Machtbefugnisse wieder an den König zurückgibt. Danach könnte eine Wahl abgehalten werden, bei der eine konservative Kraft zum Vorschein gebracht wird, um das säkulare System parlamentarischer Staatsführung zu hintertreiben. Ähnlich wie während der *Panchayat*-Jahre würde der vorgeschlagene Prozess progressiv aussehen und klingen, mit ein paar Almosen für historisch benachteiligte Gruppen, wäre jedoch in seinem Innersten reaktionär. Alles in allem wäre es König Gyanendras Versuch, eine „geleitete Demokratie“ zurückzubringen, indem er die Schlüssel an sich reißt, die seit 1990 in den Händen der Bürgerschaft lagen.

Angesichts der Tatsache, dass ein so gefährlicher Fahrplan voller Unsicherheiten steckt, behalten viele, die dem König und seiner Dynastie Gutes wünschen, ihre Meinung für sich, während Speichellecker und Kollaborateure der früheren *Panchayat*-Ära aus dem Schlamm auftauchen, um das Rad der Geschichte aufzuhalten und zurückzudrehen. In der jetzigen Situation, mit dem König als Vorsitzenden des Ministerrats, wird die Mon-

archie den Turbulenzen von Politik und Verwaltung ausgesetzt, doch weder Durchhaltevermögen noch Wohlwollen sind auf ihrer Seite.

König Gyanendra hat einen neuen Hut aufgesetzt, doch merkt er, dass dies ein schwerer Fehler war? Falls eine solche Einsicht besteht, könnten sich die politischen Parteien unter der Voraussetzung einer absoluten und bedingungslosen Rückkehr zur Demokratie immer noch für eine Rettung der Krone einsetzen. Falls der Palast keinen Rückzieher macht, wird es anhaltenden Aufruhr geben.

Die Bewältigung der Maobaadi-Herausforderung auf dem Weg des Dialogs und verfassungsgemäßer Kurskorrekturen kann erst nach einer Rückkehr zur Demokratie in Betracht gezogen werden.

Die Bewältigung der Maobaadi-Herausforderung auf dem Weg des Dialogs und verfassungsgemäßer Kurskorrekturen kann erst nach einer Rückkehr zur Demokratie in Betracht gezogen werden.

Nepal sieht sich einerseits dem Notstand, der Außerkraftsetzung ziviler Rechte und einem vom Militär gestützten autokratischen Regime gegenüber. Zum anderen gibt es den brutalen Aufstand. Die Bewältigung der *Maobaadi*-Herausforderung auf dem Weg des Dialogs und verfassungsgemäßer Kurskorrekturen kann



erst nach einer Rückkehr zur Demokratie in Betracht gezogen werden. Wenn es nicht zu einem völligen Zusammenbruch des Staates kommt, wäre eine solche Rückkehr über die Wiedereinsetzung des aufgelösten Parlaments oder durch eine auf Initiative der politischen Parteien gebildete Übergangsregierung denkbar – mit oder ohne Einverständnis des Palastes.

Sieben Wochen nach dem 1. Februar, während wir darauf warten, dass König Gyanendra sein drastisches und unkluges Handeln noch einmal überdenkt und die politischen Parteien ihre gemeinsame Stimme finden und erheben, ist es an der Zeit, die königliche Machtübernahme mit all ihren Auswirkungen einer Revision zu unterziehen, da sie Auswirkungen auf 26 Millionen Menschen hat.

Inhaftierung von Politikern

Die andauernde Inhaftierung von führenden Politikern und Aktivisten ist schlicht gesagt unverschämte. Die Einkerkierungen verhöhnens Nepals demokratische Erfahrung und lassen sich niemals im Namen des Kampfes gegen „Terrorismus“ rechtfertigen. Als Vorsitzender des Ministerrats trägt König Gyanendra die direkte Verantwortung für die Inhaftierung politischer Führer und das fortgesetzte Vorgehen gegen Aktivisten im ganzen Land, wie auch für alle anderen Angriffe auf bürgerliche Freiheitsrechte unter den Notstandsbedingungen. Artikel 27 (3) der Verfassung von 1990, die den Monarch eindringlich ermahnt, dieses höchste Gesetz „zu bewahren und schüt-

zen“, wurde benutzt, um Buchstaben und Geist der Verfassung zu zerstören.

Pressefreiheit

Die Schikanie der Presse greift tiefer als die bloße Inhaftierung von Journalisten. Es ist eine abgestimmte Kampagne im Gange, um Reporter, Herausgeber, Radioproduzenten sowie Verleger zu demoralisieren und ihren Willen durch fortgesetzte Misshandlung zu brechen. Diejenigen unter ihnen, die außerhalb des Kathmandu-Tals arbeiten, sind extremem Druck seitens der Militärkommandanten in den Distrikten ausgesetzt. In Kathmandu und anderswo werden Herausgeber von mutigen Boulevardzeitungen auf entwürdigende Weise zum Leiter der Distriktverwaltung zitiert und müssen dort erscheinen. Durch die königliche Maßnahme wurde Nepals bahnbrechende Entwicklung des UKW-Radios aus der Bahn geworfen, so dass diese einzigartige südasiatische Erfolgsstory nun gefährdet ist.

Die Schikanie der Presse greift tiefer als die bloße Inhaftierung von Journalisten.

Die schändliche Art und Weise, mit der dieser Coup vonstatten ging, wird am Beispiel des Pressesprechers des Palasts deutlich, der dem Herausgeber einer führenden Tageszeitung mitteilte, dass nun die Armee die Kontrolle übernommen habe und es ihm, dem Herausgeber, sogar passieren könne, „dass er für ein paar Stunden ‚verschwinden‘ werde“, falls er sich nicht an die königlichen Vorgaben hielte.

Heutzutage werden Zeitungen und Nachrichtenmagazine nach Lust und Laune am Besuch bestimmter Distrikte gehindert, lokale UKW-Sender werden von kritischer Berichterstattung sowie anregenden Diskussions- und Informationsprogrammen gesäubert. Geheime Radiosender der Rebellen füllen dieses Vakuum mit boshafter Propaganda. Nicht zuletzt hat das Vorgehen des Königs es der



Presse unmöglich gemacht, die Vergehen der *Maobaadi* ans Licht zu bringen. Auch sind die Medien nicht länger in der Lage, über Exzesse der Armee zu berichten. Die Öffentlichkeit ist der Willkür so ungeschützt ausgesetzt wie niemals zuvor. Insgesamt werden die im Bereich der Print- und elektronischen Medien in über einem Dutzend Jahre uneingeschränkter Freiheit erzielten Fortschritte zügig untergraben, und der Dominoeffekt dieser Entwicklung auf andere gesellschaftliche Bereiche wird beträchtlich sein.

Die Königlich-Nepalische Armee (RNA)

Der mit militärischer Hilfe von König Gyanendra durchgeführte Staatsstreich stellt ein Hindernis für die Entwicklung der RNA zu einer demokratischen Ar-

mee dar. Das nepalische Militär, das über Jahrzehnte hinweg für seinen Dienst in internationalen Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen gelobt wurde, hat sich sehr schwer getan, seit es 2002 erstmals im Kampf gegen die *Maobaadi* eingesetzt wurde. Seither wurde sein Ansehen durch Menschenrechtsverletzungen und „Verschwindenlassen“ unschuldiger Bürger befleckt. Nun wird die RNA beschuldigt, maßgeblich an einem Staatsstreich beteiligt zu sein. Im Zuge der königlichen Machtübernahme sind Armeeeoffiziere gezwungen, *defacto* die Befehlsgewalt über lokale Verwaltungsbeamte zu übernehmen, ein Auftrag, auf den sie nur schlecht vorbereitet sind. Je länger die RNA eine solche Rolle spielen muss, desto tiefer wird die Politik in antidemokratisches und menschenfeindliches Fahrwasser geraten. Die Militarisierung der Gesellschaft wird den sozialen und wirtschaftlichen Fort-

schrift um Jahrzehnte zurückwerfen, und die RNA wird ihre Glaubwürdigkeit endgültig verlieren, indem sie sich für polizeiliche Aufgaben, Zensur und andere, die Freiheitsrechte der Bürger einschränkende Maßnahmen instrumentalisieren lässt. Mittel- und langfristig wird der Einsatz der Armee gegen politische Kräfte im eigenen Land der Moral der Soldaten und ihrer Fähigkeit, die Menschen zu schützen, schaden. Die nepalische Armee kann sich nur dann zu einer disziplinierten und professionellen Kampftruppe entwickeln, wenn sie aus öffentlichen Angelegenheiten herausgehalten und unter die umfassende Kontrolle durch das Parlament gebracht wird. Die Loyalität aller Dienstgrade muss von der Krone zu den Bürgern übergehen, ein solcher Wechsel würde die Motivation der Soldaten und Offiziere gleichermaßen stärken.



Minderheiten protestieren in Kathmandu. (Foto: Thomas Döhne)

Die Militarisierung der Gesellschaft wird den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt um Jahrzehnte zurückwerfen ...

König und Parteien


Obwohl es das erklärte Ziel der königlich-militärischen Machtübernahme war, den maoistischen Aufstand wirkungsvoll zu bekämpfen, scheint bei dessen Umsetzung in den letzten eineinhalb Monaten die Aufmerksamkeit des Staatsapparates von der Aufstandsbekämpfung zur Unterdrückung demokratischer Institutionen umgeschwenkt zu sein. König Gyanendras allgemein bekannte und uner-schütterliche Antipathie gegen politische Parteien und ihre Führer erschien früher nur als ein schlichter persönlicher Irrtum. Inzwischen beginnt diese Antipathie wie Opportunismus auszusehen, wie ein Mittel, um auf zynische Weise Unterstützung für eine aktive Monarchie zu erheischen. Was der König verachtete waren offensichtlich weniger die politischen Persönlichkeiten, als vielmehr der politische Prozess des Pluralismus selbst, den sie repräsentierten. Obwohl König Gyanendra die Wahrnehmung der Kathmandu-Eliten wiedergibt, wonach Nepals zwölf Jahre parlamentarischer Herrschaft ein Fehler seien, war dies sicher nicht der Fall, an welchem Maßstab politische Systeme auch immer beurteilt werden. Vielmehr ist König Gyanendra in der Verantwortung, den politischen Parteien einen Olivenzweig zu reichen und die Serie politischer Fehler einzugestehen, die am 4. Oktober 2002 begann und in seinem Coup vom 1. Februar 2005 gipfelte. Zweifellos wird eine solche ehrlich gemeinte Annäherung bei führenden Parteipolitikern, die verantwortungsvolle, patriotisch gesinnte Volksvertreter sind, auf Resonanz stoßen. Die wichtigste Aufgabe der Parteien besteht darin, sich wirksam gegen die königliche Maßnahme zusammenzuschließen. Ein solcher Schritt wird derzeit durch ängstliche Parteiführung, innerparteilichen Zwist und man-

gelnde Klarheit über die Prioritäten erschwert – darüber, ob man mit voller Kraft für die Einführung einer Republik kämpfen oder zunächst die Rechte und Errungenschaften der Verfassung von 1990 verteidigen soll. Während einige führende Parteipolitiker behaupten, ihre Gefolgschaft lasse sich nur für eine republikanische Agenda mobilisieren, die die Königsherrschaft beseitigt, halten andere an der durch die Verfassung von 1990 geschaffenen Plattform fest und unterstützen eine in die Verfassung eingebundene konstitutionelle Monarchie.

Monarchie als Erbfolge

Die Monarchie ist das Eigentum der nepalischen Bürger, deren Vorfahren in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten eine ganze Menge in diese Institution investiert haben. Der jeweilige Inhaber des Schlangenthrons darf dieses allgemeine Erbe nicht gefährden, indem er im 21. Jahrhundert die Alleinherrschaft an sich reißt. König Gyanendra, der im Alter von 56 Jahren ohne vorherige Erfahrung in der Kunst der Staatsführung den Thron bestiegen hat, hat nicht das Recht, sich selbst zu einem pro-aktiven Monarchen zu erklären und den Volksvertretern die Handlungsfähigkeit zu nehmen. Im 21. Jahrhundert kann die Entscheidungsmacht einer einzelnen Person weder hier noch anderswo mit deren Abstammung oder den dynastischen Beiträgen ihrer Vorfahren begründet werden. Der nepalische König kann nicht länger zugleich regieren und herrschen; jeder andere Vorschlag muss als eine Beleidigung des Volkes verstanden werden. Da König Gyanendras Definition von konstitutioneller Monarchie nicht mit dem Verständnis übereinstimmt, das während der zwölf Jahre demokratischer Praxis in Nepal geherrscht hat, ist es umso wichtiger, zu betonen, dass eine zukünftige Monarchie in Nepal nur noch zeremoniell sein kann – ohne die Restbestände von Macht, die er gerne in die Verfassung von 1990 hineininterpretiert. Die Monarchie muss dem Willen des Volkes als eine unterstützende Institution entsprechen, die den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt durch einen demokratischen Prozess nicht behindern darf. König Gyanendras

Missbrauch der Verfassung von 1990 durch absichtliche Fehlinterpretation darin enthaltener Vorkehrungen – wie Artikel 27 zum Schutz der Verfassung oder Artikel 127 zur Beseitigung von „Hindernissen“ – hat die *Maobaadi* gestärkt, die behaupten, sie sei ein totes Dokument. Inzwischen hat die königliche Machtübernahme den Ruf der *Maobaadi* nach einem republikanischen Staat beträchtlich gestärkt. Diejenigen, die an den Erhalt der Monarchie als historisches Bindeglied Nepals und als nützliche nationale Institution für verschiedene soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zwecke glauben, geraten zunehmend in Bedrängnis. Die Zukunft der Monarchie ist nun abhängig vom Willen des Amtsinhabers, sich auf eine „konstitutionelle“ Rolle im engsten Sinne des Wortes zu beschränken, das heißt auf zeremonielle Funktionen. Doch selbst das ist durch den Coup vom 1. Februar schwierig geworden, der viele in der politischen Arena radikalisiert und gegen diese Institution aufgebracht hat.

Dieser Beitrag wird in 2-2005 von SÜDASIEN fortgesetzt. (Übersetzung: Thomas Döhne) 

► **Zum Autor:** Kanak Dixit ist ein international renommierter Journalist und Herausgeber von *Himal South Asia* sowie einer der herausragenden Intellektuellen Nepals. Sein Beitrag erschien am 22.03.2005 auf Englisch unter www.zmag.org/